

Dokumentation

„Entwicklung von Suppenküchen und kostenloser Ausgabe von Lebensmitteln in Köln“

Fachveranstaltung am 27.01.2011 im Gemeindesaal der kath. Str. Theodor Kirchengemeinde in Köln Vingst

Zusammenfassung

Nach einer kurzen Begrüßungsrede Herrn Pfarrers Franz Meurer spricht Frau Reker als Dezernentin für Soziales, Integration und Umwelt einige einleitende Worte und heißt die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren, die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, die Referenten und Referentinnen sowie alle übrigen Gäste willkommen. Sie dankt für die Unterstützung durch das HöVi-Team und erläutert im Anschluss den geplanten Ablauf.

Vor dem Hintergrund einer mehrfachen Behandlung der Thematik im Ausschuss sollte die Fachveranstaltung eine Gelegenheit zur Meinungsbildung geben. Ziel sei daher eine Informationsveranstaltung mit der Möglichkeit kurzer Nachfragen. Alle Beteiligten erhielten so die Möglichkeit der Darstellung der Sachlage aus eigener Sicht. Hierzu sollte die Thematik durch Herrn Prof. Dr. Stefan Selke, Professor für Soziologie an der Hochschule Furtwangen, wissenschaftlich beleuchtet werden.

Im Rahmen der Veranstaltung sind mit Fachvorträgen eingeladen:

- Herr Prof. Dr. Stefan Selke, Professor für Soziologie an der Hochschule Furtwangen
- Frau Fürhaupter, 1. Vorsitzende der Kölner Tafel e.V.,
- Herr Zahn, als Vertreter der Liga der Wohlfahrtsverbände
- die Sozialraumkoordinator/in Frau Greven-Thürmer und Herr Ellerbrock

Herr Prof. Dr. Selke stellt seine Untersuchungsergebnisse als Ergebnis umfangreicher Studien dar (siehe hierzu die während des Vortrages vorgestellten Folien in Anlage 1).

Im Wesentlichen gehe es in seiner Darstellung, die sich auf umfangreiche Studien zurückverfolgen ließe, um die Aspekte

- wissenschaftlicher Zugang,
- Angebot und Nachfrage,
- Akteure und Interessen,
- empirische Befunde.

Herr Prof. Dr. Selke verdeutlicht zunächst in Bezug auf die Darstellungen in den Medien, dass trotz inhaltlicher Bedenken ein reger Dialog mit dem Bundesverband der Tafeln entstanden sei, so dass zwischenzeitlich konstruktive Gespräche über die gegensätzlichen Positionen geführt würden. Maßgeblich für die Thematik sei die Grenze zwischen Zivilgesellschaft und Staat, so dass eine Verknüpfung der Sozialstaatsdiskussion und der Tafel-Bewegung hergestellt werden müsse. Zum einen müsse das Tafel-System wissen, dass es beobachtet werde, zum anderen müsse gleichermaßen erreicht werden, dass aufgrund der bestehenden Emotionalität nicht nur eine negative Wahrnehmung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Raum stehe.

Er verneint eine reine „Schwarz-Weiß“-Darstellung. Vielmehr sei das Anliegen der Tafeln, etwas zu bewegen, positiv. Gleichzeitig müsse jedoch der Verselbständigung des Systems gegengesteuert werden, denn das Ziel müsse eine sinnvolle Transformation und Integration sein, bei gleichzeitiger Anerkennung der Grenzen.

Anhand der zahlenmäßigen Entwicklung der Tafeln in Deutschland stelle sich die Frage, ob das Angebot eine Nachfrage nach sich gezogen habe oder aber ob eine Nachfrage bestanden habe, die das Angebot mit sich gebracht habe. Erkennbar sei, dass gerade dort viele Tafeln existierten, wo die Möglichkeit für viele Angebote bestehe, während an den Orten mit großer Nachfrage nicht in ausreichendem Maße Angebote vorgehalten würden. Demzufolge entstünden Tafeln dort, wo Menschen Zeit, Geld und Ressourcen zur Einrichtung hätten als Form einer Bewältigungsstrategie, fehle aber, wo strukturelle Armut bestehe.

Das Mehrebenen-Modell zeige, dass aufgrund der Interessenskonflikte zunächst die jeweiligen Interessen jeder einzelnen Ebene offengelegt werden müssten als Ausgangsbasis für eine Diskussion. Für die Kommunen sei demnach die normative Sphäre maßgeblich.

Zur Frage der „Akteure und Interessen“ stelle sich die Situation sehr unterschiedlich dar, abhängig davon, ob die Betroffenen hauptamtlich oder ehrenamtlich und zudem mit oder ohne Verantwortung agierten. So sei klar erkennbar, dass jene in hauptamtlicher Betätigung mit Verantwortung das Ziel langfristiger Konzepte verträten, während Ehrenamtliche ohne Verantwortung klar im Hier und Jetzt helfen würden und hieraus ihren Mehrwert zögen. Ehrenamtliche träten nie politisch für die Sache ein, sondern wollten nur vor Ort helfen.

Gleichzeitig sei bei den Nutzern der Tafeln erkennbar, dass sie teilweise resignierten. Die Einrichtung helfe zwar, gleichzeitig sei sie jedoch auch ein Indikator für den eigenen gesellschaftlichen Ausschluss. So trete keine Vergemeinschaftung der Betroffenen ein, sondern gemeinschaftlich fühlten sie sich ausgeschlossen. Hier bestehe die Gefahr einer Parallelgesellschaft und eines Mikrokosmos. Gleichzeitig würden die Nutzer der Tafel auch hier eine Ungerechtigkeitserfahrung machen. So seien sie bereits Opfer geworden, weil sie aus dem Erwerbssystem herausgefallen seien und müssten nun erneut Verletzungen ertragen vor dem Hintergrund der Machtbeziehungen zwischen Helfer und Nutzer. Die Hilfe sei damit eine Form der Armutslinderung, aber keine Armutsbekämpfung.

Im Ergebnis spricht sich Herr Prof. Dr. Selke gegen eine Verstetigung der Tafeln aus. Die Strukturen würden durch den Einsatz von Stellen oder die Errichtung von Gebäuden irreversibel und durch die Stabilisierung des Systems institutionalisierten sich die Eigeninteressen vor denen der Nutzer. So entwickle sich eine hoch organisierte „Exklusionsgesellschaft“. Daher spricht er sich klar gegen eine Förderung durch die Kommunen aus. Es solle vielmehr eine klare Grenze gezogen werden zwischen Staat und Ehrenamt. Bürgerschaftliches Engagement sei positiv ebenso wie Spenden, aber vernetzte Monopole sollten nicht zugelassen werden. Er fordert daher „Exit“-Strategien aus einer Langzeit-Versorgung, da sie nur das Eigeninteresse der Institution in den Mittelpunkt stelle, nicht aber die Interessen der Nutzer. Ziel müsse sein, Tafeln überflüssig zu machen.

Auf die Nachfrage zu einer Kanalisierung des Engagements rät er an, die Politik solle Position beziehen und eine Existenzsicherung anzielen, z.B. durch ein Grundeinkommen. Insofern müsse die Politik sich mit der Frage auseinandersetzen, welcher Gesellschaftsentwurf gelten solle.

Frau Fürhaupter in ihrer Funktion als 1. Vorsitzende der Kölner Tafel e.V. bedankt sich für die Möglichkeit, die Arbeit des Vereins darzustellen. Einleitend stellt sie die beengte räumliche Situation der „Tafel“ auf dem Gelände der Diakonie Michaelshoven dar verbunden mit dem Wunsch nach neuen erweiterten Räumlichkeiten. Anhand aktueller Zahlen (siehe hierzu die während des Vortrages vorgestellten Folien in Anlage 2) erläutert sie detailliert den Umfang und die wöchentlichen Leistungen der „Tafel“ im Kölner Stadtgebiet und betont, dass der heutige Stand keine explosionsartige Entwicklung genommen habe, sondern über Jahre seit 1995 sukzessive erreicht worden sei.

Die „Tafel“ verfolgt das Ziel dass die Lebensmittelüberschüsse, die noch unbedenklich verzehrt werden können nicht vernichtet werden, sondern an bedürftige Menschen zur Linderung ihrer Not gegeben werden. Dabei handele es sich keineswegs um eine Vollversorgung, sondern lediglich um Unterstützung und Entlastung des Budgets für andere erforderliche Dinge, wie sie anhand der Auflistung der durchschnittlichen Ausgabemenge für einen Nutzer einer repräsentativen Lebensmittelausgabestelle darlegt. Dieser Umfang könne lediglich als eine finanzielle Entlastung andere kleine Spielräume im Haushaltsbudget eröffnen.

Im Rahmen von 5-7 Touren wöchentlich hole die Tafel ausschließlich Lebensmittel bei Supermärkten, Lebensmittelherstellern, Molkereien und Bäckereien ab. Da keine festen Mengen eingeplant werden könnten, würden keine Suppenküchen vorgehalten, sondern nur eine Verteilung der Lebensmittel vorgenommen nach einem festen Plan. Insgesamt würden 21 Lebensmittelabgabestellen im Stadtgebiet, Kitas, Jugendzentren, Schulen, Asylheime, Frauenwohnheime und Beratungsstellen, Sozialhäuser und Drogenberatungsstellen beliefert. Damit würden insgesamt ca. 180 Stellen wöchentlich angefahren ohne die Möglichkeit der planbaren Quantität.

Die Helfer der Tafel sind ganztägig im Einsatz. Die Lebensmittelausgabestellen selbst werden nicht von der Kölner Tafel unterhalten, sondern sind unabhängige Träger, die wiederum nur ortsbezogen Lebensmittel ausgeben. Die Zahl der Abnehmer bei den Ausgabestellen sei zudem limitiert und auch Kitas und Schulen würden nur beliefert, um jenen Kindern ein Frühstück oder Pausenbrot zu ermöglichen, deren Eltern den erforderlichen Euro als täglichen Beitrag für ihr Kind nicht zahlten.

Abschließend stellt sie fest, dass sich die „Tafel“ ausschließlich aus Sachspenden für die Verwaltung (PCs, Drucker, etc), aus Mitgliedsbeiträgen, gelegentlichen Bußgeldern und Geldspenden finanziere. Es gebe jedoch keine Zuschüsse der öffentlichen Hand.

Als Vertreter für die Liga der Wohlfahrtsverbände spricht im weiteren Herr Zahn. In seinem Vortrag (siehe hierzu die während des Vortrages vorgestellten Folien in Anlage 4) verweist er mit Bezug auf die Standorte der klassischen Lebensmittelverteilung darauf, dass es neben den Ausgabestellen der „Tafel“ weitere 30 Ausgabestellen gebe, die jedoch mehrfach pro Woche beliefert würden. Hier sei auch erkennbar, dass diese sich nicht ausschließlich auf die in Köln 11 definierten Sozialraumgebiete beschränkten, sondern auch in anderen Stadtteilen wie z.B. Brück oder Lindenthal auffindbar seien.

Er bestätigt, dass durch die Ausgabestellen Kontakt mit Menschen bestünde, die mit den gegebenen Mitteln nicht auskämen. Gleichzeitig sähen die Helfer jedoch auch,

dass trotz des Engagements keine Änderung eintrete, sondern vielmehr sogar aufgrund der bestehenden Komplexität eine Verstärkung der Problematik gegeben sei.

Dabei sei es für die Helfer eine große Herausforderung, den bestehenden Situationen immer angemessen gegenüber zu treten. So stünden auch die Nutzer der Ausgabestellen zeitweise unter Stress, sei es aufgrund der persönlichen Lage oder auch nur, weil sie bereits frierend Schlange gestanden hätten.

Daher spricht er sich für Mindestrahmenbedingungen aus: Einerseits bräuchten die Helfer Unterstützung und Fortbildung in der Auseinandersetzung mit der Situation und eine Beratung zur Auseinandersetzung mit interkulturellen Fragen. Andererseits plädiert er für eine würdige Umgebung für die Hilfeempfänger ohne Warteschlangen und mit angemessenen würdigen Örtlichkeiten (z.B. mit Kaffee-Ecken), ebenso wie eine Verbindung der Hilfe mit einer Beratung.

Parallel dazu betont er die Forderung, eine dauerhafte Einrichtung dieser Art durch die öffentliche Hand nicht zu unterstützen und diese als Form der Existenzsicherung abzulehnen. Stattdessen sollten nachhaltige Angebote die aktuellen Hilfen ablösen und die Transferleistungen der Hilfesuchenden existenzsichernd sein.

Im Ergebnis plädiert auch Herr Zahn für eine Exit-Strategie aus der bestehenden Situation, welche bspw. eine alternative Unterstützung von Schülern mit PCs oder bei Klassenfahrten sein könne.

Stellvertretend für alle Sozialraumkoordinatoren erläutern im Anschluss Frau Greven-Thürmer und Herr Ellerbrock die Situation in Köln (siehe hierzu die während des Vortrages vorgestellten Folien in Anlage 3).

Sie bestätigen, dass die Lebensmittelhersteller große Mengen Lebensmittel entsorgen müssten, weil sie zuviel herstellen. Die Wegwerf-Mentalität läge dabei in der über-ästhetisierten Anforderung der Konsumenten der Überflussgesellschaft begründet. Insofern existiere auch hier eine 2-Klassengesellschaft, nämlich jene, die sich die Frage stelle, ob sich die überschüssigen Lebensmittel der Verteilstationen in einem gesundheitlich unbedenklichen Zustand befinden und jene, die daran Zweifel haben.

Sie verdeutlichen 5 Ziele zur Einbeziehung der Menschen, der Abstimmung der verschiedenen Hilfeleistungen, zur Integration und frühzeitigen Einbeziehung von Menschen, die andernfalls nicht erreicht würden, und zur Vorbeugung unkontrollierter Steigerung der finanziellen Anforderungen an die Kommune. In diesem Zusammenhang weisen sie auf die Gefahr hin, dass trotz der Lebensmittel-Ausgaben eine Spaltung aufrecht erhalten bleibe und dem durch Selbsthilfe als auch durch die Einbeziehung der Hilfesuchenden entgegen gewirkt werden solle. Demzufolge seien Stärkung der Selbstbestimmung, Förderung der lokalen Ökonomie und Hilfe zur Selbsthilfe maßgeblich für die weitere Entwicklung.

Zum Abschluss der Veranstaltung dankt der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Senioren, Herr Helling, nochmals für das große bürgerschaftliche Engagement und würdigt alle Ehrenamtler als wichtigen Baustein der Gesellschaft. Gleichzeitig fasst er die Ergebnisse der Veranstaltung zusammen und stellt fest, dass kommunalpolitisch das Signal gegeben worden sei, keine Verstärkung der Situation herbeizuführen, sondern über eine Exit-Strategie nachzudenken, gleichwohl aber die Aspekte der unterschiedlichen Spannungsfelder zu berücksichtigen. Dabei gelte es zu klären, wie man sich den widersprüchlichen Forderungen stellen solle,

- zum einen eine Verstärkung des Angebotes abzulehnen oder zum anderen dem Wunsch nach räumlicher Ausweitung durch öffentliche Unterstützung beim Immobilienerwerb für die Tafeln nachzukommen,
- zum einen eine reine Ausgabe von Lebensmitteln zu fordern ohne jeglichen Beratungszwang oder zum anderen der Gegenposition Rechnung zu tragen, eine Ausgabe immer an eine Beratung zu knüpfen,
- zum einen Helfer ausschließlich tätig werden zu lassen oder zum anderen der Forderung nach Schulung und Unterstützung zur Erlangung eines anderen Blicks nachzukommen.

Die Diskussion müsse daher aus seiner Sicht vor dem Hintergrund der nun zahlreich vorgetragenen Anregungen weitergeführt werden.